

Der 'Lübecker Volksbote' erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten freins Haus monatlich 80 Mk. Einzelverkaufspreis 4,00 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Beifeldseite oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mk., Reklamen 45,00 Mk., Beilagengebühr 1000 Stck. 225 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 205. Sonnabend, 2. September 1922. 29. Jahrgang.

Der Zahlungsausschub.

Durch die Entscheidung der Reparationskommission ist für die Reichspolitik ein Zwitterzustand geschaffen worden. Ein Moratorium ist formell nicht genehmigt, doch werden Barzahlungen nicht verlangt, sondern nur Schatzwechsel, die in Gold einzulösen sind und für die Belgien Garantien fordern kann. Deutschland braucht also zunächst für volle vier Monate nicht an den Devisenmarkt heranzutreten, um Deckung der schwerlastenden Reparationsverpflichtungen zu schaffen. Das ist nicht der einzige Erfolg der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth. Bisher war Poincarés Einfluß in der Reparationskommission vorherrschend. Diesmal hat der französische Ministerpräsident eine nicht zu unterschätzende Schlappe erfahren, und statt einer fortgesetzten Drohhypothek, der man sich notgedrungen auch innerhalb der Reparationskommission monatelang anschließen mußte, erleben wir jetzt die Anwendung von Mitleid der Vernunft. Die erzkretzte Befehung des Ruhrgebiets ist so vorläufig hinsichtlich geworden, dem Deutschen Reich wurden neue Stürme erspart. Vernunftgründe waren es, die die Reparationskommission veranlaßten, das erstmalig seit London die deutsche Zahlungs- und Kreditfähigkeit festzustellen. Damit würde jener Weg beschritten, der vor wenigen Monaten von der Bank von England gezeigt wurde und der verheißungsvoll einen Ausweg aus der schwierigen Wirtschaftslage Europas bringen kann. Aber nicht nur das, auch die Möglichkeit einer endgültigen Revision des Reparationsprogramms und damit der Ermäßigung der äußeren Lasten Deutschlands, wird durch den Pariser Entscheid. offen gelassen. D. h. heute steht noch nicht fest, ob Deutschland nach Ablauf der sechsmonatigen Frist verpflichtet werden soll, die ferner zu erfüllenden Barleistungen in vollem Umfange zu erledigen. Vor allem aber ist durch den Beschluß der Reparationskommission Zeit gewonnen, Zeit, die angesichts der einmal marschierenden Vernunft und der für November in Aussicht stehenden Wahlen in Amerika, die eine Regelung des internationalen Schuldenproblems erwarten lassen, als großer Gewinn zu werten ist.

Aber trotz aller Erfolge, die die deutsche Erfüllungspolitik unter großer Aufopferung des deutschen Volkes errungen hat, sind wir uns klar darüber, daß noch viele Schwierigkeiten zu überbrücken sind, ehe das Ziel des Erfüllungskabinetts Wirth und damit die langsame Wiedergesundung Deutschlands und Europas erreicht sind. In Anbetracht der Lage Deutschlands wird es sehr schwer sein, Belgien für die jetzt gestundeten Zahlungen garantierte Schatzwechsel auszuhändigen. Zunächst müssen also hier Mittel und Wege gesucht werden, die eine Verständigung ermöglichen. Inzwischen wird die Reparationskommission ihren Vorschlag zur Sanierung der deutschen Finanzen ausarbeiten und dann endgültig über das deutsche Stundungsgesuch Beschluß fassen. Ueber die Gestaltung dieses Programms kann man sich bereits an Hand der Note eine Vorstellung machen. Sie sieht das Gleichgewicht des Budgets vor — schon eine ungemein schwierige Aufgabe, nachdem infolge des letzten Marksturzes noch alle Preise und damit auch das Existenzminimum der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter gänzlich im Fluß sind. Ferner ist die Währungsreform beabsichtigt. Diese Programmpunkte enthalten nichts, was grundsätzlich von Deutschland abzulehnen wäre. Wir alle sehnen uns nach dem Staat mit einer geregelten Finanzwirtschaft und einem wertbeständigen Gelde. Aber das darf man in Paris nicht vergessen, von den Ausführungsbestimmungen dieser Programmpunkte hängt alles ab, ist das Sinken und Steigen der Mark abhängig, wird der Stillstand der inneren Teuerung und damit überhaupt das Schicksal über Deutschlands Zukunft bestimmt. Die Reichsregierung hat sich bekanntlich schon vor Wochen mit einer bis an die Grenzen der deutschen Souveränität gehenden Finanzkontrolle einverstanden erklärt, sobald uns ein Moratorium mit längerer Frist zugestanden wird. Hier stehen also Schwierigkeiten nicht mehr im Wege. Die große Gefahr liegt jedoch vor, daß Frankreich in Zukunft wieder weitergehende Ansprüche an eine deutsche Finanzkontrolle stellt. Das würde zu den Schwierigkeiten der deutsch-belgischen Verständigung über die Goldgarantie noch weitere Hindernisse türmen, deren Größe erst zu übersehen ist, wenn der angekündigte Entwurf der Reparationskommission über eine „durchgreifende“ Reform der deutschen Finanzkontrolle in seinem Wortlaut vorliegt.

Die Lage birgt also fraglos noch nicht ganz leicht zu nehmende Gefahren für eine ruhige Fortentwicklung der deutschen Politik in sich. In der Frage der Goldgarantie für die an Belgien zu liefernden Wechsel stehen Deutschland und Belgien einander allein gegenüber. Das erleichtert die Verhandlungen insofern, als Belgien, der norberrechtigte Gläubiger Deutschlands, selbst genug Erfahrungen

als Schuldner gesammelt hat, um nicht durch törichte Gesten und Drohungen die Aussicht auf eine Befriedigung seiner eigenen Forderungen zu vernichten. Es erlegt aber auch uns Pflichten auf, unser Bestes zu tun, um den vorberechtigten Gläubiger zufrieden zu stellen. Andererseits übernimmt die Reparationskommission jetzt eine ungeheure Verantwortung, indem sie ihrerseits die Erbschaft der Konferenzen der Staatsoberhäupter und Bankierzusammenkünfte antritt. Vielleicht ist das ein gutes Vorzeichen. Jedenfalls ist Zeit gewonnen, damit Ruhe zur Sammlung, zur Klärung der schwierigen noch strittigen Fragen, und die Zerreißung Deutschlands ist bis auf weiteres abgewendet. Das sind Erfolge, die wir dem Erfüllungskabinet Wirth verdanken.

Die Stellung des französischen Ministerrats.

II. Paris, 2. September. Die Minister und Unterstaatssekretäre sind gestern zu einem Ministerrat unter dem Vorsitz Millerands zusammengetreten. Poincaré hat dem Ministerrat den Beschluß der Wiedergutmachungskommission in der Moratoriumsfrage unterbreitet. Der Ministerrat hat folgenden Beschluß gefaßt:

Da die Wiedergutmachungskommission gestern das von Deutschland verlangte Moratorium nicht gewährt hat, ist der Ministerrat der Ansicht, daß er vorläufig von dieser Entscheidung Notiz zu nehmen habe. Da über die bevorstehenden Zahlungen Belgien, welches auf Grund eines Prioritätsrechtes den ersten Anspruch darauf hat, nicht nur die vorgesehene Zahlungsart angenommen hat, sondern diese Zahlungsart selbst der Kommission vorschlug, ist der Ministerrat der Ansicht, daß Frankreich sich seine Handlungsfreiheit reservieren müsse, bis die von Belgien vorgeschlagene Zahlungsart feststehend sei. Getreu dem Gedanken, den der Ministerpräsident bereits in London ausgeführt hat, hat der Ministerrat weiter beschlossen, soviel als möglich Wert darauf zu legen, daß so schnell als möglich eine Konferenz zusammenzutreten möge, an welcher alle Alliierten ohne Ausnahme teilnehmen sollen, und welche im Ganzen die Frage der interalliierten Schulden und diejenige der Reparationen zu prüfen hätte.

Der Ministerrat hat dann weiter am Schluß der Sitzung den Text der Note redigiert, die als Antwort auf die Note von Lord Balfour in der Frage der interalliierten Schulden an die englische Regierung abgehen soll.

Die Stimmung in Frankreich.

In den Kommentaren der Blätter kommt vor allem die Freude zum Ausdruck, daß einmal durch die Ablehnung des von Deutschland nachgehenden Moratoriums die französische Regierung volle Genugtuung erhalten habe und daß andererseits das belgische Entgegenkommen den Bruch mit England vermieden habe. Weiterhin aber wird betont, daß die gefundene Lösung die Zukunft offenlasse, daß Deutschland bis zu der im Herbst in Aussicht genommenen endgültigen Regelung des Reparationsproblems eine neue Atempause, zugleich aber eine enge Mahnung erhalten habe, daß es, wenn es nicht sofort eine Sanierung seiner Finanzen in die Wege leite, sich der Gefahr ernstlicher Sanktionen aussetze, denn eine der Konsequenzen der Ablehnung des Moratoriums sei, daß wenn Deutschland den ihm nunmehr auferlegten Verpflichtungen nicht nachkomme, die Frage der vorläufigen Nichterfüllung von selbst akut werde. In einigen Blättern kommt die Befürchtung zum Ausdruck, Belgien, das bis zuletzt das Neueste an Entgegenkommen aufgebracht habe, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen, werde Deutschland zu milde Bedingungen stellen. Dagegen dürfte aber allerdings nicht vergessen werden, daß die Kommission mit der Vollmacht, wie sie sie der belgischen Regierung gegeben hat, einen Präzedenzfall geschaffen hat, indem sie zugelassen hat, daß eine der alliierten Mächte in einer die Gesamtheit angehenden Frage mit Deutschland allein verhandelt. Frankreich werde sich gegebenenfalls auf diesen Präzedenzfall berufen können.

Beit Parisien meint, man werde in ganz Frankreich die Entscheidung mit einem Aufatmen begrüßen. Die Zurückweisung des Moratoriums mit Stimmenmehrheit und der gleichzeitig einstimmig genehmigte kurzfristige Zahlungsausschub seien unter den gegebenen Umständen das geringste Übel. Die Entscheidung sei eine moralische Genugtuung für Frankreich und zugleich eine ernste Warnung an Deutschland, daß die Schuld weniger von zwei der alliierten Mächte zu Ende ist und daß es sich unfehlbar schwerer Zwangsmaßnahmen auf dem linken Rheinufer aussetze, wenn es nicht eine ernste Anstrengung mache, um seine Finanzen zu sanieren, die Kapitalflucht einzufrieren und seine Industriemaschinen zu zwingen, einen Teil der Reparationslast auf sich zu nehmen.

Der Einbruch in England.

Das in der Reparationskommission erzielte Kompromiß wird nun der Presse als ein Moratorium unter einem anderen Namen bezeichnet. Die Tatsache, daß die Entscheidung einstimmig erlassen wurde, mit besonderer Genugtuung hervorzuheben. Darin zeigt sich, wie die Delegierten hätten ihren Weg aus einem Dilemma heraus gefunden, das einen Augenblick lang den völligen Bruch der Entente und den Zusammenbruch Deutschlands zu

bewirken drohte. Frankreich verliere nichts und brauche nichts anzubieten. Warum sollte es da nicht annehmen? Deutschland gewinne den Ausschub, den Großbritannien für notwendig hielt. Er werde allerdings nicht Moratorium genannt, sei jedoch tatsächlich ein Moratorium. Er Sorge freilich nur für die Zeit bis zum Ende des Jahres, dann könne die Krise von neuem entstehen. Aber bis zum November könnten andere Heilmittel gefunden werden.

Rußland und die Reparationsfrage.

Trozkij erklärte in einer Unterredung mit Vertretern des „International News Service“ u. a.: Die Rote Armee mit der Roten Flotte zähle zurzeit 800 000 Mann. Bei der Roten Armee seien früher 16 Jahrgänge mobilisiert gewesen, jetzt sehe man ein Jahrgang unter den Fahnen. Die Rote Armee werde nur deshalb aufrechterhalten, weil die russischen Abrüstungs-vorschläge auf Ablehnung stießen. Eine Kriegsgesfahr sei noch immer nicht ausgeschlossen. Wenn auch eine gewisse Garantie gegen neue Interventionen gegeben sei, so bleibe doch die Frage der Reparationen. Vermittlungen in dieser Hinsicht könnten sich in der Lage Europas bemerkbar machen. Es sei vollkommen klar, daß ein neuer Schlag gegen Deutschland von Westen her für jenes stabile Gleichgewicht kritisch sein könnte, welches in Osteuropa bestche.

Sitzungen des Reichskabinetts.

Die Entscheidung der Reparationskommission fordert von der Reichsregierung keine befristete Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung. Infolgedessen hat das Reichskabinet in seiner am Freitag vormittag abgehaltenen Sitzung beschlossen, zunächst die Rückkehr des Staatssekretärs Schröder aus Paris abzuwarten, um erst auf Grund der von Schröder übermittelten Informationen über die Begleitumstände, die zu der Entscheidung führten, Beschluß zu fassen. Staatssekretär Schröder wird wahrscheinlich erst am Sonnabend vormittag in Berlin eintreffen. Sofort nach seiner Ankunft wird das Kabinet zur Erörterung des Pariser Entschlusses und zur Beschlußfassung zusammenzutreten.

Die am Freitag nachmittag abgehaltene Sitzung des Reichskabinetts beschäftigte sich nur mit laufenden Angelegenheiten, unter anderem mit einer Notstandsaktion für die Sozialrentner. Die Besprechung der auf der Tagesordnung stehenden Erweiterung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juli, betreffend Schutz der Republik über Streikverbot für die Notendrucker, wurde vertagt.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

II. Berlin, 1. September. Die deutsch-belgischen Verhandlungen auf Grund des Entschlusses der Reparationskommission werden Mitte nächster Woche in Berlin beginnen. Die belgischen Vertreter werden am Dienstag die Reise von Brüssel nach Berlin antreten.

Die Gewerkschaften gegen die Teuerung.

AD. Berlin, 1. September. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am Freitag zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung Stellung genommen. Soweit die bisherigen Pläne der Reichsregierung bekannt sind, werden sie von den Gewerkschaften als vollkommen ungenügend erachtet. Die Spitzenorganisationen haben daher in einem Telegramm an den Reichspräsidenten um sofortige neue Verhandlungen mit der Reichsregierung nachgefragt.

Hierzu schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdirekt. Die Reichsregierung war auf dem besten Wege, gegen Teuerung und Hunger vorzugehen und ihre angeforderten Maßnahmen haben bei den breiten Volksschichten größte Sympathie gefunden. Leider aber blieb es bisher nur bei der Ankündigung. Die Veröffentlichung einer Verordnung über die Beschränkung der Gewerkschaften einer Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrarbeit einer Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrarbeit, von der man sich ebenfalls nicht viel versprechen soll — das sind jetzt die einzigen Maßnahmen — können den Hunger des darbenenden Volkes nicht stillen. Wir verlangen keineswegs, daß die Reichsregierung in den letzten Tagen durch die schwerwiegenden Reparationsverhandlungen außerordentlich stark in Anspruch genommen war, aber wir haben kein Verständnis dafür, daß das unbedingt auf Kosten der arbeitenden Schichten geschehen mußte. Inzwischen ist die Not größer geworden: sie erfordert weitergehende Maßnahmen, als bisher von der Regierung geplant war. Zunächst verlangen wir, daß bevor man das Geld eilt um halbe Erhöhung der Umlagepreise, besonders für das erste Drittel, vornehmen zu können, zunächst einmal für unsere Gehalts- und Lohnempfänger gesorgt werden muß, deren Gehälter mit der Bewegung des Dollars nicht fortzuführen: Es muß jetzt Klarheit darüber geschaffen werden, ob auch weiterhin zugehalten werden soll, wie für den Groß- und Kleinhandel jede Geldverwertung der Mark für neue Preisfestsetzungen maßgebend ist, wodurch das Sinken des Dollars keine Berücksichtigung findet. Dann sollten man dem unerhörten Hunger auf dem Brotmarkte durch energische Maßnahmen entgegenzutreten? Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich entschlossen einzugreifen. Die Volksmacht muß mehr, als lediglich Ankündigung von Maßnahmen, die bisher nur auf dem Papier stehen.

Die Schußgewehre und Bayern.

SPD. Berlin, 1. Sept.

Der Ueberwachungsaußschuß des Reichstages trat am Freitag zur Besprechung der Durchführung des Gesetzes zum Schuß der Republik zusammen. Der unabhängige Abgeordnete Koserfeld begründete seinen Antrag auf Einberufung des Ueberwachungsaußschusses. Rosenfeld ist der Auffassung, daß mindestens bezüglich des Zuständigkeitsbereiches eines bayerischen Sonderlehens von der Reichsregierung mit Bayern Vereinbarungen getroffen seien, die den Bestimmungen des Gesetzes widersprechen. Das Gleiche sei beim Reichsbeamtengesetz und ebenso beim Reichskriminalgesetz der Fall. Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Dr. Beyerle, erzählte von einer großen Aufregung, die in Bayern geherrscht habe, als die Zusammenlegung des Staatsgerichtshofes bekannt wurde, und wußte noch andere Mächtigkeiten aufzuführen, nur nicht das mitzuteilen, was die Gesetzgebung zum Schuß der Republik voll und ganz rechtfertigt.

Reichsminister Dr. Wirth holte nach, was Herr Beyerle verstanden hatte. Er zitierte Stellen aus dem „Bayerischen Kurier“, worin dem Minister Rathenau und ihm vorgeworfen wird, daß sie die Volkshemmung Deutschlands im Auftrage von Moskau erstritten und lediglich aus diesem Grunde eine Entlassung der Konterrevolution im Sinne gehabt hätten. Außerdem zitierte der Reichsminister erlogene Anwürfe eines anderen Organs der Bayerischen Volkspartei gegen den Reichspräsidenten Ebert und den Minister Rathenau, indem er der Bayerischen Volkspartei gleichzeitig den guten Rat gab, auf die ihr nahestehende Presse möglichst einzuwirken. Im übrigen verwies Dr. Wirth auf den Ernst der gegenwärtigen außenpolitischen Lage, die wahrscheinlich auf lange Jahre hinaus entscheidend für die deutsche Nation sein werde. Nur ein völlig einigtes deutsches Volk könne einer derartigen Lage überleben. Was er mit Bayern vereinbart habe, werde loyal durchgeführt werden. Die Vereinbarungen mit Bayern bedeuten keinesfalls ein Aufgeben der Hoheitsrechte des Reiches oder eine Verletzung bayerischer Interessen gegenüber den anderen deutschen Ländern.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch verwahrte sich in gleichem Sinne entschieden gegen die Behauptungen Rosenfelds. Die Schranken der Schußgewehre seien in keiner Weise durchbrochen, und jeder Reservatpolitiker sei energischer Widerstand geleistet worden. Reichsminister des Innern Dr. Köster wies darauf hin, daß die getroffenen Abmachungen für alle Länder Geltung hätten, und daß es sich bei den Verhandlungen nicht um die Anerkennung, sondern um die Ausführung der Schußgewehre gehandelt habe. Die Exekutive nach dem Reichskriminalpolizeigesetz bestehe nach wie vor.

Hg. Genosse Dr. Braun-Franken urteilte, der Widerstand Bayerns gegen das Schußgesetz zur Verteidigung der Republik sei ganz neuen Datums. Wertwändig wäre, daß Herr Beyerle, der zu dem Gesetz im Reichstag nicht gesprochen habe, an allen namentlichen Abstimmungen über die Schußgewehre sich nicht beteiligt habe. Herr Beyerle hätte weit mehr Glauben gefunden, wenn er nicht so vieles verschwiegen hätte, sondern auch darauf eingegangen wäre, daß das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei erklärte, der gegenwärtige Konflikt mit der Reichsregierung sei nur der Anfang eines Kampfes gegen die Weimarer Verfassung. Wenn Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München, in unerhörter Weise über die Republik und die Verfassung gesprochen habe, so trage man sich als geskulturer Politiker wohl hincindenken, daß es den Mitgliedern des Katholikentages unmöglich war, einem Kardinal der römischen Kirche öffentlich zu widersprechen. Aber man dürfe jetzt wohl darauf hinweisen, daß der vorstehende Katholikentag in Frankfurt stattfand, jede Regierung sei von Gott eingesetzt, und jeder Regierung sei deshalb von einem Katholiken Treue und Gehorsam zu leisten. Braun stellt dann noch fest, daß die Partei durchaus unbedingte Unterstützung über die Tatsache der Verhandlung mit der bayerischen Regierung, insbesondere die sozialdemokratischen Minister, würden in normalen Zeiten, wenn Deutschland nicht unter so hohem Druck und mitten in Gefahren läge, niemals dazugebracht haben, derartige Verhandlungen zu führen. Wir bedauern — so schloß Braun — diese Verhandlungen, wir bedauern ihr Ergebnis, aber wir begreifen vollständig die große staatsmännliche Leistung der Reichsregierung, und wir üben uns in den gegebenen Umständen.

Nach eingehender Ansprache stellte Genosse Schiedemann als Vorsitzender fest, daß Anträge nicht vorliegen und der Ausfühg die Angelegenheit zunächst mit dieser Ansprache für erledigt halte.

Der bayerische Innenminister zu den Schußgewehren.

Die Führer des bayerischen Ordnungsbundes, Dufelen und Lael, haben an den Minister des Innern, Schwenker, einen offenen Brief gerichtet, in dem sie das Verhalten der bayerischen Regierung bei den Berliner Verhandlungen und das Verbot der Kundgebung auf dem Königsplatz kritisieren. Der Innenminister hat nun mit einem offenen Brief geantwortet, aus welchem folgendes hervorzuhelien ist: Der Abbruch des Kampfes mit der Notverordnung bedeutet nicht eine Anerkennung der Schußgewehre. Diese werden von der bayerischen Regierung nach wie vor bekämpft. Die bayerische Regierung ist überzeugt, daß diese Gewehre an ihrer Unannehmlichkeit und an dem gefundenen Sinn des deutschen Volkes zugrunde gehen werden. — Schwenker sagt weiter, die bayerische Notverordnung könne jederzeit wieder eingeführt werden. Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, heißt es später, daß das bayerische Volk mit Ihrer Demonstrationenversammlung identisch ist. Ich lehne es ab, von solchen Versammlungen „Weisungen“ entgegenzunehmen. Es ist eine Unbedeutendheit, wenn Sie die von Ihnen in Bewegung gesetzten Massen immer wieder als „des Volk“ bezeichnen.

Es ist gewiß erfreulich, selbst aus dem Munde des bayerischen Innenministers zu hören, daß die von Ordnungsbund, in Bewegung gesetzten Massen nicht „des Volk“ seien. Hingegen ist, was er über den Charakter der Schußgewehre sagt, nicht nur eine bodenlose Taktlosigkeit gegen alle am Zustandekommen der Schußgewehre beteiligten Parteien, es ist geradezu eine Provokation.

Die preussische Regierung gegen die Teuerung.

Das preussische Staatsministerium fertigt über Maßnahmen gegen Mißbrauch und Preissteigerung. Man war sich einig, jeder willkürlichen und ungeschäftfertigen Preissteigerung auf das nachdrücklichste entgegenzutreten. Als taugliche Mittel zur Durchsetzung der Bemühungen um Sicherung der Volksernährung wurden u. a. angesehen: die Wiedereinführung des Zwanges zur Preisangabe sämtlicher Waren und insbesondere zur genaueren Gewichts- und Preisbezeichnung des Backwerks in den Bäckereien; Heranziehung der Konsumentenkreise zur Kontrolle der Preise in den Geschäften und auch auf den öffentlichen Lebensmittel-Verkaufsmärkten. Die Notwendigkeit einer Einschränkung der Zahl der immer mehr überhand nehmenden Ausschankstätten von Bier und Wein, und vor allem die unbedingte Verweigerung von Konzessionen für die Neuerrichtung von Diefen, Bars, Weinläden usw. wurde einstimmig anerkannt. Ebenso legte sich das Staatsministerium auch für eine sehr großzügigen und unerschütterlichen Ausbau der für den Winter geplanten Volksküchen und Massenverköstigungen ein. In die Reichsregierung wird man mit der Anregung herantreten, zur Sicherung der Deckung des Zucker- und Margarinebedarfs der Bevölkerung auch nicht vor den einschneidendsten Maßnahmen zurückzuführen, wie auch gegen den Aufkauf durch valachische Ausländer mit allen nur möglichen Mitteln einzuschreiten.

Einschränkung der öffentlichen Brotverforgung.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Verordnung ausgearbeitet worden, durch welche die öffentliche Brotverforgung auf die Winterbedürfnisse beschränkt werden soll. Durch diesen Entwurf werden als nicht versorgungsberechtigt diejenigen Personen erklärt, deren Einkommen 1921 für Mannsköpfe 30 000 M., für den Haushaltungsvorstand 30 000 M. und für jede weitere Person im Haushalt 10 000 M. übersteigt hat. Wer nachweist, daß sein Einkommen 1922/1923 das Dreifache des oben angegebenen Einkommens nicht übersteigt, bleibt versorgungsberechtigt. Demnach würde also eine Familie mit 2 Kindern erst bei 180 000 M. im nächsten Wirtschaftsjahr von der öffentlichen Brotverforgung ausgeschlossen sein. Das vielleicht am häufigsten zur Sprache auf das Einkommen von 1921 erklärt sich aus dem Wunsch, eine fertig abgeschlossene Reihe der Rechnung zugrunde zu legen. Nach der Verordnung wird den Kommunalverbänden freie Hand gelassen, wie sie den Ausfühg der Brotverforgung vom Anspruch auf das Markenbrot durchzuführen wollen. Zudem dürfte die Vorlegung der Einkommensteuerquittung für 1921 verlangt werden.

Einfuhrverbote für Sabat.

Wolff meldet: Um einen weiteren Sturz der Markt zu begünstigen, hat die Regierung entschlossen, verschärfte Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr aller irgend entbehrlichen Waren zu treffen. Zu diesem Zwecke hat der Reichswirtschaftsminister die bisherige Einfuhrfreiheit für Rohstoffe durch Bekanntmachung von 30. 8. mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der Reichsernährungsminister auf seinem Gebiet Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen. Gleichzeitig werden die Außenhandels- und anderen Verwaltungen angewiesen, für diese Waren und andere entbehrliche, bereits unter Einfuhrverbot stehende Waren Einfuhrbewilligungen nicht mehr zu erteilen.

Rathenau-Mord und „deutsche Art“.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die am Kopf ihres Blattes u. a. das Motto: „Für deutsche Art!“ trägt, bemängelt, daß Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium als Vollmachtgeber der Regierung vor der Reparationskommission erklärt hat, die Ermordung Rathenaus habe wesentlich zur Katastrophe der Mark beigetragen. Sie weist darauf hin, daß schon vor der Ermordung Rathenaus der Dollar einen Kurs von 330 erreichte und erst wesentlich später panikartig gestiegen sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ vergißt mit der bei ihr bekannten Gedächtnisschwäche, daß die Kurse für fremde Devisen bereits einmal im November vorigen Jahres etwa den gleichen Stand innehielten, wie er vor der letzten Juniwoche galt. Der Kurs senkte sich dann wieder, um im Juni unter dem Druck der Devisenland aufgebürdeten Lasten zu steigen. Bald nach der Ermordung Rathenaus stieg er, und zwar in einer einzigen Woche um das damals ungewöhnliche Maß von 42 Punkten, dann beschleunigte sich die Bewegung, nicht zuletzt wegen der anhaltenden Gerüchte von einem bevorstehenden Rechtsputsch und wegen der bayerischen Unruhestreberien. In der Tat hat die Unsicherheit, die im Zusammenhang mit dem Rathenau-Mord in Deutschland herrschte, den Marksturz veranlaßt. Unmittelbar nach ihm trat die Entwertung der Mark in ein neues, entscheidendes Stadium. Das ist der „Deutschen Tageszeitung“ unangenehm. Warum?

Einmal, weil das Agrarierblatt die Rathenau-Mörder befehen und das heldenhafte Gedenken dieser Markbanditen der deutschen Jugend bewahren will. Hier deutet sie also „deutsche Art“ gleich Mordmord. Dann aber, um von der den Verbrauchern jetzt so erschreckend fühlbaren Tatsache abzuwenden, daß die Agrarier seit der freien Wirtschaft am hohen Dollarkurs interessiert sind. Auch das gilt dem Agrarierblatt als „deutsche Art“. Es gibt glücklicherweise noch genug Menschen in und außerhalb Deutschlands, die dankend darauf verzichten, an dieser Marke deutschen Wesens zu „genesen“!

Eisenbahnerbewegung im besetzten Gebiet.

U. Köln, 2. September. Auf Veranlassung des gesamten Verbandes deutscher Beamten und Staatsangestellten-Gewerkschaften wurden gestern bei der Regierung in Köln, sowie bei der Eisenbahndirektion die Vertreter der Bezirksbetriebsräte vorstellig, die Regierung müsse im Verein mit der Eisenbahndirektion sofort in Berlin auf telegraphischem Wege auf eine schnelle Umwandlung der Teuerungsgeldaktion hinwirken, da man sonst Arbeitsstörungen im Eisenbahnbetriebe des besetzten Gebiets befürchte. Es wird gefordert, bis spätestens Montag einen Vorfuß in Höhe der zu erwartenden Zulagen zu bezahlen.

Lebensmittelunruhen in Eberstadt.

Wie das „12-Uhr-Blatt“ aus Eberswalde meldet, ist es dort Freitag abend zu schweren Lebensmittelunruhen gekommen. Die Menge plünderte Geschäfte, so daß Schußpolizei eingesetzt werden mußte. Es kam zu Feuergefechten, wobei etwa 25 Personen verwundet wurden. Die Arbeitererschaft hat sich von Kundgebungen ferngehalten und werde heute zu den Vorfällen Stellung nehmen. Aus Berlin traf eine Hundertschaft der Schußpolizei ein, die jedoch nicht in Tätigkeit trat. Der Schaden durch Zerstörungen und Plünderungen geht in die Millionen.

Erziehung eines Belgiers. Am Freitag früh ist in Oberkassel bei Düsseldorf ein belgischer Posten, ein Sergeant, erschossen worden. Der Täter ist noch nicht festgestellt. Die Besatzungsbehörden haben sofort eine Untersuchung eingeleitet. Es sind Hausdurchsuchungen vorgenommen und bisher 7 Personen verhaftet worden.

Ein deutsche Protestnote. Die deutsche Regierung erhob beim Völkerverbund erneut Einspruch gegen Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet.

Zeitungsverbot. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist vom Preussischen Minister des Innern am Freitag auf acht Tage verboten worden. Grund zu diesem Verbot gaben zwei Artikel, von denen der eine sich mit der Entscheidung der Reparationskommission beschäftigt. In beiden Artikeln, der eine entkammt, der andere von Paul Lenich, wird die Reichsregierung in der unschönlichsten Weise angegriffen.

Erzählen sie es doch

all' Ihren Freundinnen und Bekannten, daß Sie Ihre Kleider, Hüfen, Gardinen, Strümpfe usw. nur mit den weltberühmten „Seitmann's Farben“, Marke „Fuchsfuß“ im Stern, selbst färben, weil diese die besten sind. (6402)

Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

20. Fortsetzung.
Gierig erblinnten zwei religiöse Sehter als Kläger: die beiden dem Landvogt der Bürgerrecht verweigern und sich behaupten, daß die Erfüllung aller bürgerlichen Pflichten widersteht, ohne den niederkommenen christlichen Ermahnungen irgendeine Gehör zu geben, alles unter Hinweis auf ihren Glauben und inneren Beruf. Sie beklagen sich jetzt über arme Leute, welche in ihre Wohnungen gedrungen seien und sich nach Befehlen mit Brennholz versehen hätten.
„Der seid ihr?“ fragte der Landvogt, „ich kenne euch nicht.“
„Wie ist das möglich?“ riefen sie, indem sie ihre Namen nannten. „Ihr habt uns ja schon mehrmals hierher berufen und den Anweisungen zu uns gehorcht mit männlichen und mütterlichen Befehlen!“
„Ich kenne euch dennoch nicht!“ fuhr er leidenschaftlich fort; „da ich selbst daran erinnere, wie ihr keine bürgerlichen Pflichten anerkennt, so verweigere ich euch kein Recht zu erteilen; geht und laßt, wo ihr es findet!“
„Betroffen schickten sie hinaus und schrien schmerzhaft das Recht durch die Erfüllung der Pflichten.“
„Ja, natürlich! Welche Befehle er noch einige Parteien und Angehörige mit seinen guten Grundsätzen; er schätzte die Freundschaft und hegte die Achtung, und es war insbesondere zu beachten, daß er, dem Fall mit dem beschuldigten Landvogt ausgenommen, seine einzige Geduld ausnahm und nicht einen Schilling bezog, während doch die Rechte diese Seite der Gerichte hatten als eine Sache über Einigungen zu bringen angewiesen waren und sie nicht selten widersprachen. Seine Regierung stand deshalb bei ihm und niedrig in gutem Gerede; seine Heiligkeit wurden in jenseitigen Sinne als salomonische Weisheit, und die heilige Ergebung warnten die Seite noch lange nach dem Aufbruch, der den Saal erfüllte, das Hofgericht des Landvogts Salome.“
„Wie war er aber noch, daß das Schicksal, das er wegen der Verbrennungen der heiligen Justiz in lange hinausgeschoben hatte, bis es sich endlich auf seinen Kopf lag, abgemessen war. Er sah die Frauen ein, er sah einen Augenblick die Frauen zu empfangen, wie vor dem Königsaal, das sie ebenfalls empfingen.“

dient hätten, jähliche Luft zu schöpfen; und als sie im Garten am Seeufer unter sich waren, ermahnen sie wirklich auf; denn sie waren ganz ängstlich geworden über die höhere Art, mit welcher dieser Landvogt die Chelachen ermahnt und behandelt hatte. Die eine oder andere, welche ihn bis jetzt vielleicht nicht für sehr klug gehalten, jedoch nun sogar nachdenklich den Kopf, was es eigentlich für eine Bewandnis mit ihm haben möge. Sie wurden aber alle von ihren mitzuströmen Gedanken abgezogen, als sie den Affen Kaffee kaffee herankommen sahen, den man seiner unbedingten Kleidung zu entledigen verzeihen hatte. Die Haube war verflochten und hing über das Gesicht, ohne daß er sie mehr traute, und die Kleider verflochten ihm die Beine oder hingen am Schwanz, und er machte hundert Entzerrungen, sich davon zu befreien. Während er diesen die Frauen den Affen von aller Unbeherrschtheit, und nun vertrieb er ihnen die Zeit mit den artigen Pöken und Streichen, daß alle Bedenken und Melancholien aus ihren Höfen Schwestern entwanden und der Landvogt sie in einem höchsten Gelächter fand, als er sie, von zwei Dienern gefolgt, abholte und zum Essen führte.
„Gut, wie er, so gut ich gern zu Tische lauten! Wenn die Damen zuhause lächer, so hängt es ja, wie wenn man das Glanzbild eines Cavalliershülers hätte! Welche laute denn mit dem hohen Art? Sie, Reibelgast? Und welche fühlte das helle Sonnenlicht, wie wenn das Herz hremte? Sie, Kaffee? Welche das stillere Sehvermögen, das fremdliche? Es gehört Ihnen, Salome! Das silberne Sechshöcker himmelt in Ihrem mütterlichen Glanz, Barbara Thamsen! Und wer mit dem goldenen Sechshöcker lachtet, den kennt man ihn, es ist mein Schwarm, die Figuren!“
„Wie artig!“ riefen die vier anderen Gloden, „eine von uns hat den Kopf zu fassen!“ Denn sie wußten nicht, daß sie alle lange Reden zu hören, aber nur Figuren von den übrigen konnte und genügt hatte.
„Das kleine blonde Eis über den Herzen war nun vollends gestiegen. Das Gesicht, in welchem der Tisch gedeckt war, leuchtete von Glanz des blauen Himmels und des noch klareren Seewegels, der durch die hohen Fenster heranzuging; wenn aber das Auge hinaussehete, so wurde es gleich herabgeführt durch das jenseitige jenseitige Meeresland. Auf dem runden Tisch inmitten des Gemaches glänzte ein großer Erzberg von Silber und Licht; denn er war auf das herrliche gedeckt und geschmückt mit allem, was der Landvogt aus den Gärten, wie aus den Sümpfen und der Wälderzeit hatte herbeibringen lassen.
„Sage, welche mit hohen Lehnen haben wir den Tisch, aber den anderen so weit entfernt, daß der Tischler sich beugen und

frei bewegen, den nächsten Nachbarn sehen und sich würdig mit ihm unterhalten konnte, nach rechts, wie nach links hin; genug, es war eine Anordnung, als ob die Tafelrunde für lauter Ausfühg gebedt wäre, und es fühlte nur das eigene Büßelt hinter dem Stuhle. Dafür thronte das große Schloßbüßelt im Hintergrunde um so großartiger mit seinem altertümlichen Gerate.
An diesem Büßelt, die eine Hand auf dasselbe gelegt, die andere gegen die Hüfte gestemmt, stand bereits die Frau Wartam wie ein Marschall, in schwarzerem Rocke und schwarzer Sammet; über der gefalteten Halskrause hing ein silbernes Kreuz auf die Brust herab, und der gebäumte Hals war noch extra von silbernen Schmuckstücken umschlossen. Auf dem ergrauten Haar trug sie eine Haube von Marderpelz; das im Gürtel hängende weiße Bortuch bezeichne ihr Amt. Über unter den schwarzen Augenbrauen hervor schloß sie gestrenge Blide im Saale umher, als ob sie die Herrin wäre.
Der Reßel, den sie einführte, verdeckte indessen die einmal ermahnte Feiterkeit nicht, und die fünf Frauen nahmen nach der Anweisung des Landvogts mit frohem Lächeln ihre Plätze. Zu keiner Rechten setzte er die Figuren Len, zu keiner Linken die Agaja, hier gegenüber die älteste der Flammen, Salome, und auf die zwei übrigen Stühle Weinbergarden und die Grassmücke. Mit einem warmen Glücksgefühl sah er sie so an einem Tische versammelt und unterhielt das Gespräch nach allen Seiten mit großer Beifügigkeit, damit er ohne Verletzung des guten Tones alle der Reize nach ansehen konnte, vor- und rückwärts geschäft und überprüfend, wie es ihn gelüßete.
Frau Marianne schöpfte am Büßelt die Suppe; der verbleibende Lunge, ein wohlunterrichtetes, schlaues Pfarrschöndchen der Umgegend, trug und lehte die Teller hin. Er sah einem achtzehnjährigen Fräulein ähnlich und schlug fortwährend verkehrt die Augen nieder, wenn er angesprochen wurde, geschätzte der Marianne auf den Tisch und stellte sich stumm neben die Tür, sobald eine Sache verrichtet war. Aber wenn der Landvogt das angebedene Mädchen etwa herbeirief und demselben sanft und vertraulich einen Auftrag erteilte, welchen es mit Eifer vollzog, verwunderte die Flammen sich aufs neue über die unbekante Form, von der sie noch nie gehört, und ließen manchen Blick über sie wegstreifen. Doch wurde das Gepulver durch nicht beeinträchtigt, vielmehr immer lebhafter und frohlicher, und das bewußte Gefühle Klänge so harmonisch und eifrig durcheinander, als ob in einer Stadt ein Paß einzusehen wollte.
(Fortsetzung folgt.)

**Konsumverein
für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.**

Zur Aufklärung!

Verschiedentlich haben Mitglieder der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Dollar wieder gefallen sei und daß nun auch die Preise fallen müßten oder daß unsere Ausnahmebestimmungen bezüglich der Einstellung von Waren wieder aufgehoben werden könnten. Diese Auffassung entspricht leider nicht den Tatsachen. Die Wirtschaftslage ist nach wie vor sehr ernst. Unsere Lebensmittelpreise haben sich dem Stande des Dollars und damit dem Großhandelspreis noch lange nicht angepaßt. Für freihändigen Zucker fordern wir Mk. 58.— für ein Pfund. Dieser Preis entspricht einem Dollarstande von etwa Mk. 800.—. Die Margarinefabriken forderten für Margarine bereits Mk. 240.— für ein Pfund. Diesen Preis haben wir garnicht erst erreicht, sondern sind selbst in dieser Woche noch in der Lage gewesen, Margarine mit Mk. 115.— abzugeben. Richtig ist aber, daß an unsere Kapitalkraft ganz gewaltige Ansprüche gestellt werden. Auch die Presse, die oft in Verkennung der harten Tatsachen sich teilweise Urteile über Preisbildung erlaubte, die von keiner Sachkenntnis zeugten, muß heute zu Maßnahmen greifen, die von der gleichen Presse vorher noch verurteilt wurden. Es liegt leider so, daß man für den Verkaufspreis einer Ware neue Ware nicht wieder anschaffen kann und daher ständig zu einer Verkleinerung der Auswahl und Bestände kommt. Es ist dies der gleiche Vorgang wie bei der Zeitung, die ihren Umfang einschränken oder ihr Erscheinen einstellen muß. (6422)

Wie eine Hausfrau ohne Wirtschaftsgeld nicht arbeiten kann, so können auch wir ohne Betriebskapital keine Ware einkaufen. Es ist daher Pflicht aller Mitglieder, noch vor Ablauf des Geschäftsjahres, das ist der 30. September ds. Js. den Geschäftsanteil reiflos einzuzahlen. Der Geschäftsanteil beträgt Mk. 800.— und bleibt Eigentum des Mitgliedes. Diese kleine Summe, für die wir heute keine 3 Pfund Margarine und 3 Pfund Zucker einkaufen können, muß jeder einzahlen, der sich den Warenbezug durch unsere Abgabestellen sichern will. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir bei weiterer Verschärfung der Wirtschaftslage uns dem Vorgehen anderer Konsumvereine anschließen, die nur an solche Mitglieder Waren abgeben, die ihren Geschäftsanteil voll einbezahlt haben. Die Verbraucher haben es in der Hand, die Genossenschaftsbewegung, die ihnen schon gewaltige Vorteile gebracht hat, zu sichern und auszubauen, nicht mit Worten, sondern mit Taten!

DER VORSTAND.



Urbin
der gute Schuhputz

TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDEROLE

Bestellungen
zur Lieferung des
Seleg- und Berordnungsblattes
der freien und Hansestadt Lübeck

nimmt entgegen die
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Kommunistische Jugend Deutschlands
Ortsgruppe Lübeck.

Arbeitsende Jugend!
Heraus zum 8. internationalen Jugendtag
am Sonntag, dem 3. Septbr. 1922.

Morgens 10 Uhr: Demonstrationssammlung
am alten Bahndamm gegen die Verelendung der
arbeitenden Jugend, für den gemeinsamen Kampf
aller jungen und alten Arbeiter.

Abends 6 1/2 Uhr: Treffen im Gewerkschaftshaus
(Gr. Saal). Dortselbst Ansprachen, Gesang, Re-
zitationen, Aufführungen usw. (6372)

Konzert- u. Ballhaus „Flora“

Morgen Sonntag:

Großer Ball.

Anfang 5 Uhr. (6425)

Konditorei Starke Kaffeehaus
Königsstr. 25 Teleph. 8860

Täglich von 10 Uhr früh: Frühliches Gebäck!
Ab 4 1/2 Uhr nachm. die berühmten (6392)
Raff-Zdenko-Künstler-Konzerte.

Café Astoria
Holstenstraße 26 6378

Täglich Künstler-Konzerte

Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Konzerthaus Lübeck.

Morgen Sonntag, nachm. 6 Uhr: (6408)

Grosser Ball.

Caftenlast. Morgen Sonntag Tanz. Eintritt und
Sonntag Tanz. Tanz frei. (6379)

Adlershorst.

Morgen Sonntag: (6380)

Großer Ball.

Weißer Engel.

Jeden Sonntag und Freitag: (6396)

Großer Ball.

+Magerteit+

Schöne volle Körperformen durch unser

Leber-Kaffee

in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garant

unerschütterlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Keine

Leber-Kaffee. Preis 20.—. Porto extra.

Alleinige Niederlage: Adler-Apotheke,

Lübeck, Ob. Ringstr. 10. (6394)

Deutscher

Transportarbeiter-

Verband. (6420)

Ortsverwaltung Lübeck.

Verammlung

der Hausdiener,

Seiftenmacher, Anstie-

gerinnen und Hei-

maßfrauen

am Montag, 4. Septbr.

abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Jüngere Verbands-

angelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Tonhalle
Dr. Mabuse
Der Spieler

Vorverkauf:
Zigarren-Buse, Breite Str.
Besorgen sie sich zeitig
Eintrittskarten! (6429)

Kolosseum
Ball

Sonntag,
den 3. Septbr.,
Anfang 5 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde. (6426)

Meine Spezialität:
Verlobungsringe

333, 585,
750 u. 900
gestempelt
nur a. Fein-

gold verarb.
Ringe in

modernen Formen. Alle
Weiten vorräthig. (6375)

Westfaling

Uhrmacher und
Juwelier.

32 Posten-
straße 32

Café Vaterland.

Täglich: (6412)

Künstler-Konzert

mit humor. Einlagen.

Erster

Fischerbuden.

Jeden Sonntag:

Familien-Kränzchen.

Gesellschaftshaus u.

Café Muuß

Israelsdorf. (6428)

Morgen Sonntag:

Im weißen Saal:

Künstlerkonzert

Im großen Saal:

Konzert

mit Langzeitlichkeit

u. Künstler-Vorträgen

Anfang 4 Uhr.

Sindenhof

Israelsdorf.

Morgen Sonntag:

Vornehme Ballmusik.

Anfang 4 Uhr nachm.

Zu den Beranden

freier Zutritt.

Tel. 1910. (6384)

Victor Klempau.

S. P. D.

Ortsgruppe Lübeck.

Zu dem am Sonntag,
dem 3. September statt-

findenden (6398)

Ball

ladet freundlich ein

Der Festaussch.

Anfang 5 1/2 Uhr.

Ende ? ?

Moislinger Baum

Morgen Sonntag,

nachm. 4 Uhr:

Vornehmes

Tanzkränzchen.

Aufreten des Deutschen

Meistergesellschaften: Pa-

arce Conrad-Sarow und

Partnerin aus Hamburg,

sowie des bekannten Lü-

becker Humoristen

Henry Vahl.

Modeue Tänze.

Künstler-Kapelle.

Dr. Bohnentaffee und

Kuchen.

Angenehmer Familien-

aufenthalt. (6424)

Freier Eintr. R. Jäde.

Hansatheater.

Heute Sonnabend, sowie

morgen Sonntag 7 1/2 U.

„Zwangs ein quar Bierang“

mit Henry Vahl in der

Hauptrolle.

Sonntag: (6414)

Abjehs-Gastspiel

Henry Vahl.

Schluß der Sommer-

spielzeit.

Stadttheater Lübeck

Sonnabend, 2. Septbr.

Vorst. f. d. Volksbühne:

Was ihr wollt. Ein-

trittskarten a. d. Theater-

kasse. 7.30 Uhr.

Sonntag, 3. Sept., 7.30:

Der Jägerbaron.

Montag, 4. Sept., 7.30:

3. Volkstüm. Konzert.

Eintrittskarten an der

Theaterkasse.

Dienstag, 5. Sept., 7.00:

Festvorstellung: Frei-

schau.

Die für die Festvorstel-

lungen bestellten Karten

sind bis spätest. mittags

am Tage vor der Vor-

stellung abzuholen. (6411)

Sicherungs- u. Zahlungsbedingungen
im Deutschen Buchdruckgewerbe.

Im Hinblick auf die steigenden Betriebskosten und die fortgesetzte Entwertung des Geldes haben die unterzeichneten sämtlichen Mitglieder der Innung der Buchdruckereibesitzer Lübecks beschlossen, vom 1. September neue Sicherungs- und Zahlungsbedingungen einzuführen, durch welche im allgemeinen sofortige Barzahlung ohne jeden Abzug die Zahlungsfreiheit bei häufigen Geschäftsverbindungen auf 14 Tage vom Tage der Rechnungsstellung festgesetzt wird. Bei Nichtzahlung des Zahlungsergebnisses behalten sich die Vertriebe vor, die jeweiligen Tages-Sanktionen und die perauslagten Portogebühren in Rechnung zu stellen. **Kontocorrentkredite** werden nur gegen Vergütung der entstandenen Unkosten abgegeben und besonders in Rechnung gestellt, wenn der Auftrag nicht zu Ende kommt. Als Norm für die Berechnung gilt eine Geschäftsbilanz von 1% bis 10000 Mk. und 2% über 10000 der berechneten Summe. Die neuen Sicherungs- und Zahlungsbedingungen werden von allen Mitgliedern am 1. September kostenfrei abgegeben. (6415)

Lübeck, den 1. September 1922.

Die Innung der Buchdruckereibesitzer zu Lübeck.

- | | |
|---|---|
| Albrecht & Vorkamp,
Gebrüder Borchers,
E. M. H. H.,
Georg Busch,
Charles Coleman,
Heinrich Götz,
Wilh. Harringer & Co.,
Julius Heise,
Gebrüder Honeaschild,
Ernst Krüger,
Lübecker Verlags-
anstalt,
Otto Waesche K.-G.,
Friedr. Meyer & Co.,
Woll K.-G.,
Carl Nagel, Schlapp. | Johs. Neuner,
Petars & Mietzer
(Heinr. Oldenbursg. Nr.)
L. Peters Nachf.,
Eugen Radtke,
H. K. Rahlgens,
Carl Sahmann,
Gebrüder Schmidt,
Max Schmidt,
Carl Schwartz,
Otto Wessel,
Werner & Hörnig,
Carl Willers,
I. v. Zawadzki & Co.,
Aug. Zietz. |
|---|---|

Beste Preise

für
Gold,
Silber,
Platin,
Double
(Bruch und Gegen-
stände)
Brillanten
zahlt (6389)
Goldschmied
Carl Michaelson,
Mühlentorstraße 3
(am Klingenberg).

Noch zu alten Preisen

Toilette-
Bade-
Seifen
Kern-
Medicin
(6431)
nur solange Vorrat.
Ferd. Kayser

Hut-Ziehe

Wahnerstr. 9.
Herrchen-
Impressari
u. Reinigung
Zylinder-Bücheln
u. Fernschreiber.

Whitner Prima, Sel.,
Reichsvere.
handschramen
Neue Tages- u. Abend-
tische, letztere f. Berufs-
tätige. (Ausbildung für
Technikum, techn. Ges-
chule, Handelshochschule,
Universität) beg. am 7.
Sept. Ausst. 11-12
und 6-7 Uhr. (6432)

Hania-Jamituf,
Süpterdamm 14, I.

Zahn-Praxis

W. Rylewsky
Breite Str. 7,
Telephon 1253.
Laboratorium häss-
licher zahntechn. Ar-
beiten, Umarbeiten
schlecht stehender Ge-
bisse, Reparatur, u.
Anständige Va-
rianten werden nach
Möglichkeit an ei-
nem Tage fertigbe-
handelt. (6393)

Es bleibt dabei!

Für
Gold-,
Silber-,
Platin-,
Double,
Sachen
und
Bruch,
Ge-
bisse,
Zähne,
Be-
stecke,
gold-,
silb.,
Uhren,
Münzen

esw. erhalten Sie bei

Westfaling
Holstenstraße 32
doch die
büchsten Preise!

Turnier in Schwartau-Riesebusch

am Sonntag, dem 10. September, nachmittags 2 Uhr.
Program: Reiterlauf und alle weiteren Höhepunkte.
Veranstaltung: Verein Lübeck e. S. (6406)

Gewerkschaftshaus

Restaurant Johannistr. 50

Mittagstisch
Abendstisch

Großer schattiger Garten

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 2. September.

Folge nicht!

Wenn dein Mann eine Zeitung haben will, die gegen die katholische Kirche und damit gegen dich gerichtet ist, dann folge ihm nicht! So rief auf dem märkischen Katholikentag der Kardinal Berman den katholischen Frauen zu. Ihr dürft auch den Widerspruch nicht scheuen, wenn es gilt, eure Sache in der Familie zu verteidigen!

Für Sozialdemokratische Männer muß die Mahnung lauten: Wenn deine Frau eine Zeitung haben will, die offen und verdeckt deine Sache bekämpft, dann folge ihr nicht. Du darfst auch den entschiedensten Widerstand nicht scheuen, wenn es gilt, die Sache des Sozialismus zu verteidigen. Das ist deine Pflicht als Sozialist. Wenn deine Frau an der Wahrheit und verlogenen „Geschichte“ hängt, dann sage ihr, daß die Zeit wirklich nicht danach angetan ist, über räuberische Geschlechter alle Notwendigkeiten des Lebens zu vergessen. Für die Frau besteht in erster Linie die Pflicht, sich zu unterrichten über ihre eigenen Interessen.

Es ist nicht nur Unverstand, sondern auch Feigheit, wenn Menschen, die schwer um ihre Existenz ringen müssen, nichts über die Wahrheit lesen wollen, sondern den schönen blauen Dunst bürgerlicher Geschichtsschreiber suchen. Dabei ist das Bedürfnis nach Unterhaltung durch die Zeitung berechtigt und muß befriedigt werden. Das geschieht durch die Arbeiterpresse in guter und nützlicher Art.

Schulstatistik.

Das Reich hatte für das Schuljahr 1921/22 eine Reichsschulstatistik angeordnet, die für das lübeckische Staatsgebiet vom Statistischen Landesamt im Einvernehmen mit der Oberstaatsbehörde am 1. März 1922 durchgeführt ist. Ihr Ergebnis war folgendes: Essentielle Volksschüler waren 43 vorhanden, hierunter 17 achtstufige, mit einem Schülerbestande von 5894 Knaben und 6218 Mädchen, zusammen 12112 Kindern, die von 407 im Hauptamt vollbeschäftigten Lehrkräften (220 Lehrern und 187 Lehrerinnen) unterrichtet wurden. In 4 Kirchengemeinden- und Stiftungsschulen mit Volksschulziel wurden weiter 693 (248 Knaben und 445 Mädchen) unterrichtet; außerdem zählte die Abteilung für Taufstunde 14 Schüler und das staatliche Erziehungshaus Wakenhof 60 Knaben. Mittelschulen gab es 9 (6 öffentliche und 3 private). Die sechs öffentlichen Schulen hatten 91 Lehrer und 78 Lehrerinnen; die Schülerzahl betrug 4305 und zwar 1964 Knaben und 2341 Mädchen. Die drei Privatschulen hatten 4 Lehrerinnen und 80 Schüler (16 Knaben und 64 Mädchen). Höhere Schulen waren 6 vorhanden, darunter 3 Bollandstalten (1 Gymnasium mit Realgymnasium, 1 Reform-Realgymnasium und 1 Oberrealschule), ferner gab es eine Lichtpollast für das männliche und zwei Lyzeen für das weibliche Geschlecht. Die vier höheren Schulen für das männliche Geschlecht hatten je eine mit ihnen organisch verbundene Volksschule. An den höheren Schulen unterrichteten 184 Lehrer und Lehrerinnen, von denen 105 eine abgeschlossene wissenschaftliche Vorbildung besaßen. Die Schülerzahl betrug 2557 Knaben und 1103 Mädchen, zusammen 3660 Kinder, hierunter 586 Knaben in den Bauschulen. Die Zahl der alle hiesigen Schulen besuchenden Kinder betrug am 1. März 1922: 10745 Knaben und 10179 Mädchen, zusammen 20924. Im Hauptamt vollbeschäftigte Lehrkräfte wurden 795 ermittelt, und zwar 457 Lehrer und 338 Lehrerinnen; außerdem waren 29 Lehrkräfte im Nebenamt tätig. Auf eine hauptamtliche vollbeschäftigte Lehrkraft entfielen insgesamt 26,3 Schüler, in den Volksschulen 29,4, in den Mittelschulen 25,3 und in den höheren Schulen einschließlich der Bauschulen 20,0. Die Fortbildung und beruflichen Fachschulen besuchten am 1. März 4312 männliche und 2706 weibliche Personen, die von 104 im Hauptamt vollbeschäftigten und von 193 im Nebenamt tätigen Lehrkräften unterrichtet wurden.

Eingewickelt!

Das werden heute wir alle. Jährlich und noch öfter an einem Tage. Jeder, der etwas zu verkaufen hat, wickelt uns ein wie die Butter, die Wurst oder den Serrano. Im Wettbewerb dazu fehlt es nicht, wohl aber an Einwickelpapier. Alle Zeitungen von höherer Bekanntheit stehen hoch im Preise. Das Kilo wird in einigen Städten schon mit 15 bis 20 Mark bezahlt. Schläcker, Gemüse- und Obsthändler reißen sich um solches Papier. Wer also seine Zeitung gut aufhebt, kann damit ein Geschäft machen. Jeder Leser erhält monatlich zwei Kilo Papier, die dem Verlag 150 Mark kosten, aber dem Leser 80 bis 40 Mark wieder einbringen. Um diese Summe verringert sich, wenn man die gelösten Zeitungen sammelt und als Einwickelpapier verkauft, das monatliche Bezugsgeld.

*

Zum Handelskontrolleur wurde, wie das Polizeiamt mittelt, unter zahlreichen Bewerbern der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Einzelhändler, Herr Haut, gewählt. Er tritt am 1. Oktober sein Amt an.

Berufswahl. Die Berufsberatungsstelle richtet an die Eltern der Eltern zur Schulentscheidung kommenden Jugend die dringende Mahnung, sich über die Bedeutung der Berufswahl ihrer Kinder rechtzeitig klar zu werden. Die Wahl des Berufes darf nicht dem Zufall überlassen bleiben. Durchaus falsch wäre es, sich bei der Wahl des Berufes oder einer Lehrstelle von einem augenblicklichen Wortlein blenden zu lassen. Bei der heutigen verwickelten Wirtschaftslage und der unsicheren Zukunft ist es ratsam, wegen der Entscheidung über den zukünftigen Beruf des Kindes sich an die Berufsberatung beim Arbeitsamt zu wenden. Diese ist bemüht, unter gebührender Berücksichtigung der Anforderungen, die der Beruf an die körperliche und geistige Eignung stellt, die zu Beratenden mit geeigneten Lehrstellen zu versorgen. Wie in den früheren Jahren wird ein Vertreter der Berufsberatungsstelle die Schulen aufsuchen, kurze Vorträge halten und Fragebogen, die von Schülern auszufüllen sind und die Bemerkungen der Schule und des Schularztes enthalten, verteilen. Es ist erwünscht, daß die in Frage kommenden Kinder bei Ausfüllung des Fragebogens bereits ihre Neigungen und Wünsche für die Berufswahl zum Ausdruck bringen. Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für Knaben befindet sich im Arbeitsamt, Unterstraße 104, Zimmer Nr. 10. Sprechstunden täglich von 11-12 Uhr, außerdem Dienstags und Donnerstags von 4½-7 Uhr. Die Berufsberatung für Mädchen befindet sich ebenfalls im Arbeitsamt, vorläufig Zimmer Nr. 8. Sprechstunden außer Sonnabends, täglich von 11-1½ und Dienstags und Freitags nachmittags.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der Reichsarbeitsminister hat dem Senate mitgeteilt, daß die bisherigen Höchstbeträge der Erwerbslosenunterstützung für Personen über 21 Jahre, die

nicht im Haushalt eines anderen leben, sowie die Familienzuschläge vom 14. August 1922 ab wegen der seit der letzten Festsetzung der Höchstbeträge im Februar d. J. wesentlich gesteigerten Kosten der Lebenshaltung erhöht worden seien. Der Kreis der Erwerbslosen weiter zu ziehen, als wie angegeben, sei nicht für erforderlich erachtet worden, weil angenommen werden könnte, daß, nachdem infolge der ungewöhnlich günstigen Konjunktur die Zahl der Unterstützungsempfänger in den letzten Monaten überaus dauernd zurückgegangen sei, bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes Erwerbslose, die nicht zu den oben bezeichneten Personengruppen gehören, nur noch ganz vereinzelt unterstützt zu werden brauchen. Der Senat, in Übereinstimmung mit dem Arbeitsamt, hält es für erforderlich, daß vom 14. August 1922 ab auch in Lübeck die neuen Höchstbeträge der Ortsklasse A ausgesetzt werden. Für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, steigen die Höchstbeträge von 18,50 auf 28 Mk.; für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, von 15 auf 22,50 Mk. Die Familienzuschläge erhöhen sich für den Ehegatten von 8,75 auf 13 Mk., für die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige von 7,50 auf 11,25 Mk. Die Unterstützungssätze für die im Haushalt eines anderen lebenden Personen werden nicht erhöht. Der Senat stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerkammer.

Verstärkung der Mittel des Wohlfahrtsamtes zur Verbilligung notwendiger Lebensbedürfnisse für Minderbemittelte. Das Wohlfahrtsamt hat beantragt, daß ihm zur Ergänzung der Forderungsmittel seiner Abteilungen, die infolge der Verteuerung der Lebensbedürfnisse nicht ausreichen, ein in den Haushaltsplan einzustellender Sonderbetrag von 12 000 000 Mk. bewilligt werde. Der Senat stimmt diesem Antrage zu und stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerkammer: daß dem Wohlfahrtsamt für die Verbilligung der immer teurer werdenden notwendigen Lebensbedürfnisse (Brot, Kartoffeln, Miete, Feuerung und Gas) für die minderbemittelte Bevölkerung ein Sonderbetrag von 12 000 000 Mk. angewiesen werde. Der Gesamtbedarf stellt sich also wie folgt: für Brot 1 500 000 Mk., für Feuerung 4 000 000 Mk., für Kartoffeln 3 000 000 Mk., für Gas 900 000 Mk., für Miete 2 400 000 Mk., zusammen 11 800 000 Mk. Für Kartoffeln ist eine Verbilligung von 150 Mk. pro Zentner geplant.

Die wirtschaftliche Not der Angehörigen der Jugend. Die täglich steigende Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände macht sich mehr denn je auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten bemerkbar. Es ist den Eltern vielfach unmöglich, bei den jetzigen Weltlingsgehältern noch weise ihre Kinder lernen zu lassen. Das in den Wohlhabenden notwendige Jahrgeld verfährt fast ausnahmslos die ganze Lebensführung, so daß für irgend welche Fortbildung, für Anschaffung von Kleidung, ja selbst für die reine Unterhaltungspflicht der Jugendlichen durch die Eltern überhaupt keine Gelder übrig bleiben. Die wirtschaftliche Verelendung auch der Angehörigen der Jugend hat daher die Gaujugendleitung des Zentralverbandes der Angestellten bewogen, zu einer außerordentlichen Gaujugendkonferenz am Sonntag, dem 10. September 1922 nach Tschöe aufzurufen. Die örtlichen Jugendleitungen werden vor Stattfinden dieser Konferenz zu der wirtschaftlichen Lage der Angehörigen der Jugend Stellung nehmen.

Künftige Preise für Uhren. Man schreibt uns: Die enormen Preiserhöhungen, die auf der Leipziger Messe festzustellen sind, zeigen sich besonders auch auf der Uhren- und Schmuckmesse. Der Schutz der Markt hatte kurz vor der Messe zum Beispiel für große Uhren (Hausuhren, Wanduhren, Wecker) zwei Aufschläge von zusammen über 150 Proz. zur Folge, nachdem erst am 7. August die Preise um 50 Proz. erhöht waren. Daher hat der Händler auf der Messe für einen gewöhnlichen Wecker in Nickelgehäuse heute schon über 1 000 Mark zu bezahlen. Rechnet man die hohe Fracht aus dem Schwarzwald, Versicherung, Risikoprämie und die sonstigen Unkosten sowie den Verdienst des Händlers hinzu, so kommt man auf einen Ladenpreis von 1 500 bis 1 600 Mk. Die einfachste moderne Wanduhr mit Interwerk, sog. Regulator, wird nicht mehr unter 800 Mark gefertigt. Eine bessere in Mahagonihäule nicht mehr unter 2 400 Mark. Die billige deutsche Tafeluhren, die sog. Dreimarkuhr, die im Frieden in jedem Waarenhaus zu finden war, kostet heute für den Händler 800 Mark. Eine gute deutsche Gebrauchstafeluhren in Weichmetallgehäuse wird man im Laden nicht mehr unter 400 Mark kaufen können, in Silber wird sie 1 000 Mark kosten.

Inlandszuckerpreis. Vor einigen Tagen brachten wir eine Notiz aus dem Reichsernährungsministerium, wonach der Festpreis für Inlandszucker auf 13 Mk. pro Hund festgesetzt und an eine Erhöhung nicht gedacht sei. Von jachundigster Seite wird uns nun mitgeteilt, daß dieser Preis infolge der erhöhten Unkosten, der gestiegenen Frachten usw. verdoppelt worden ist. Der Preis dieses Zuckers wird sich im Kleinhandel auf etwa 26 Mk. das Hund stellen.

Banknoten zu 100 000 Mark. Die Reichsbank ist veranlaßt, zur Erleichterung größerer Zahlungen Banknoten zu 50 000 und 100 000 Mark, zunächst in kleineren Mengen, herauszugeben.

Neuauflage des Reichs-Ratsbuches. Vom Reichs-Ratsbuch erscheint Anfang Oktober eine neue Ausgabe zum Preise von 345 Mk., die nur durch die Postanstalten bezogen werden kann.

Santa-Theater. Unter Leitung von Willy Schent wird als Abschluß der Sommerzeit der Sängerkreis „Zwangsquartierung“ von Arnold und Bach gegeben. Das Stück hat seine Daseinsberechtigung noch nicht verloren; denn die Wohnungsnot ist noch nicht behoben und kuschelwärmende Reflexen von Kriegsgewinnlern sind noch nicht ausgeräumt. Dagegen sind so energiegelade Hausangestellte wie Veriga Witt und Ricardo de Castro schon eher eine Seltenheit. Sie machten dem Kommissionsrat Schwalbe, dem Gendy Wahl mit ausgezeichneter Komik spielte, viel zu schaffen. Kompagnon des Schwalbe war Max Aker und seine Tochter Helena wurde von Hansi Bösele mit ihrer frischen Natürlichkeit gespielt. Auch die Vertreter der übrigen Rollen bemühten sich redlich, dem Ganzen zu einem würdigen Abschluß zu verhelfen.

Konzerte im Gewerkschaftshaus. In der kommenden Saison werden die Besucher der Gewerkschaftshauskonzerte des lübeckischen Sinfonie- u. Stadttheater-Orchesters ihre Hoffnungen recht hoch stellen dürfen. In 25 Konzerten, von denen das erste heute, Sonnabend, stattfindet, wird man mit allen Richtungen der musikalischen Literatur bekannt gemacht. Man wird nach Möglichkeit allen Programmen eine Idee unterlegen, damit die gehobener Werke stets in einem innern Verhältnis zueinander stehen. Man hört also nicht nur, sondern versteht und lernt dabei Romaniker, Dramatiker usw. zu unterscheiden. Der ständige Kapellmeister dieser Konzerte ist Karl Maraschke. Als Gastdirigenten sind gewonnen: Dr. W. Buschhüter und Oskar Petras. Ferner wird Hans Milles, der Konzertmeister des Orchesters, energiereich wirken. Auch Solisten werden in diesen Konzerten mitwirken. Einige erwartete Kräfte, sowie einige Mit-

glieder unseres Stadttheaters haben ihre Mitwirkung zugesagt. Aber auch Kammermusik soll in diesem Jahre mehr gepflegt werden. Freikonzerte sollen stattfinden für unbedeutende Kreise, worüber augenblicklich noch Verhandlungen schweben.

Hinweise auf Vorstellungen, Theater usw.

Wochenplan des Stadttheaters. Sonntag, 3. Sept.: Der Zigeunerbaron. Montag, 4. Sept.: 3. volkst. Konzert. Dienstag, 5. Sept.: Festvorstellung: Freischütz. Gäste: Grete Stüggold, Mäthen, Kammerfängerin Math. Schuh, Hannover, Kammerfänger Ritter, Stuttgart, Kammerfänger Schöndorf, Hamburg. Mittwoch, 6. Sept.: Festvorstellung: Fuhrmann Henschel. Gäste: Alex. Otto, Hamburg, Schauspielhaus. Donnerstag, 7. Sept.: Festvorstellung: Carmen. Dirigent: Fritz Reiner. Gäste: Kammerfängerin Sanden, Leipzig, Kammerfängerin Schuh, Hannover, Kammerfänger Tauber, Dresden, Kammerfänger Burg, Dresden. Freitag, 8. Sept.: Festvorstellung: Trifstan und Isolde. Gäste: Kammerfängerin Lauer-Kettler, Frankfurt, Kammerfängerin Branzell, Berlin, Kammerfänger Burg, Dresden, Kammerfänger Ritter, Stuttgart, Kammerfänger Helgers, Berlin. Sonnabend, 9. Sept.: Festvorstellung: Russisches Kammerballett. Leiter: Alexander Gavrilow, Petersburg. Sonntag, 10. Sept., 3 Uhr: Vorstellung für die Volkshöhne: Orpheus und Eurydike. — 7,30 Uhr: Tra Diavolo.

Stadttheater. Sonntag wird noch einmal die Straußsche Operette „Der Zigeunerbaron“ wiederholt. Im 3. volkst. Konzert am Montag wird u. a. gespielt: Die erste Sinfonie von Beethoven und „Die Moldau“ von Smetana. — Dienstag beginnt die Festwoche mit Weber's „Freischütz“. Mittwoch als einzige Schauspielvorstellung: „Fuhrmann Henschel“ von Gerh. Hauptmann eine Festvorstellung zum 60. jährigen Geburtstag des Dichters. Den Fuhrmann Henschel spielt Herr Alex. Otto von Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, welcher auch das Schauspiel inszeniert und zu den Proben bereits eingetroffen ist. Die weibliche Hauptrolle der Danne spielt Fräulein Kann.

Angrenzende Gebiete.

Harburg. Beim Entladen eines Zugs tödtete sich verunglückt ein zwanzigjähriger Dreher. Als er mit einem Zehnjahr nach Spanien schicken wollte und der Schutz nicht losging, versuchte der Mann, mit einem Schraubenzieher die Kugel zu lösen. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang dem jungen Mann in den Kopf; der Tod trat nach kurzer Zeit ein.

Odenburg. Ein mysteriöser Handgranatenanschlag. Auf den Maschinenwerkstätten des in Odenburg garnisonierenden Reichswahinfanterieregiments 18. ist, wie erst jetzt bekannt wird, in einer der verlassenen Nächte ein Anschlag verübt worden, der noch der Aufklärung bedarf. Unbekannte Personen drangen in den Schuppen der Maschinenwerkstatt des Regiments ein und versuchten die dort aufgestellten Maschinengewehre dadurch zu beschädigen, daß sie mehrere Handgranaten durch brennendes Stroh zur Entzündung zu bringen versuchten. Durch die Aufmerksamkeit eines Wachtpostens wurde der Brand rechtzeitig entdeckt und die Explosion der Handgranaten verhindert. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Gewerkschaften.

9. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

R. R. Der Verbandstag tagte vom 21.-26. August in Magdeburg. Die Anwesenheitsliste vermeldet 267 Delegierte. Lübeck war mit zwei Delegierten vertreten. Van H. in te (Amsterdamer), der für die gesamten Ausländer sprach, verwies in herzlichen Worten darauf, daß alle der Federation angeschlossenen Verbände mit Ausnahme Englands hier vertreten seien, und er auch dieses Verbandes herzliche Grüße und Wünsche zu übermitteln habe.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes, der mitamt seiner Besprechung durch die Delegierten drei Tage in Anspruch nahm, war in acht Referate zerlegt, die sich bezogen auf Allgemeines, Lohnbewegungen und Streiks, Betriebsräte und Tarifverträge, Preise, Kaffe, Reichsaktion Gesundheitswesen, Reichsaktion Staatsarbeiter und Beamtenorganisation, Bericht des Verbandsausschusses. Wir haben aus diesem umfangreichen Geschäftsbericht hier nur hervor, daß der Verband in den Berichtsjahren 1919/20/21 eine Mitgliederzunahme von 198 000 erzielte. Er besitzt jetzt 900 Filialen und reichlich 280 000 Mitglieder. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit steht das Tarifwesen. Aus einflussigen Parteien der Arbeiterbewegung sind die Gemeinde- und Staatsarbeiter in ihrem durch den Verband erfolgten Tarifwirten vorbildlich geworden, so daß sie auch anderen Berufs- und Verbänden erfolgreich vorarbeiten.

Die Debatten, bei denen der große Berliner Februarstreik in diesem Jahre eine Rolle spielte, wurden bemerkenswert sachlich geführt. Grundsätzlich wurde durchgehend der Berliner Streik von allen anderen als den Berliner Delegierten verurteilt und anerkannt, daß erst die Bewilligung eines Streiks durch den Hauptvorstand den Streik zu einem legalen mache. Dieser Standpunkt dürfte nicht verlassen werden.

Die gefassten Beschlüsse waren so zahlreich und zum Teil so umfangreich, daß sie hier nicht alle wiedergegeben werden können. Die Stellung zur Technischen Nothilfe wurde in folgenden Beschlüssen präzisiert: „Der Verband lehnt die Technische Nothilfe als arbeiterfeindliche Einrichtung ganz entschieden ab. Auch den Arbeitern in den lebenswichtigen Betrieben ist das volle und unbeschränkte Streikrecht ein unbedingtes Erfordernis.“ Weitere Beschlüsse gehen dahin: Der Vorstand soll sich mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verbindung setzen über Einleitung einer Aktion gegen Wucher, Teuerung und Steuerlast, desgleichen zu Maßnahmen zur Herbeiführung einer Verbesserung des Betriebsrätegesetzes. Die Absichten, durch Verordnungen usw. die Rechte der Betriebsräte in den öffentlichen Betrieben weiterhin einzuzengen, wurden scharf abgelehnt, und die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. November betr. Lebenswichtige Betriebe verlangt. Beim Neuausschluß des Reichsarbeitsvertrages für die Gemeindegewerkschaften soll der Vorstand auf eine näher bezeichnete Einwirkung der Schiedsstellen hinwirken. Er soll mit allen Mitteln dafür eintreten, daß auch an dem Koalitionsrecht der



Krankenpflegepersonen nicht gerüstet wird. Weiter soll der Vorstand trotz der vom Reichsanwaltministerium vorgenommenen Ablehnung der Schaffung einer Ruhelohnversorgung für Reichsarbeiter mit allen Mitteln erneut bei den Reichs- und Staatsregierungen für die erstrebte Ruheversorgung kämpfen.

Zur Frage der Dienstbereitschaft für Reichs- und Staatsarbeiter wurde beschlossen, daß der Vorstand in Zukunft unter keinen Umständen einer tariflichen Regelung keine Zustimmung geben darf, die die Möglichkeit zur Einführung der Dienstbereitschaft oder des geteilten Arbeitstages bietet. Zur Frage der Beamtenorganisation erfolgten zweckentsprechende Beschlüsse zur Stärkung und Vertiefung dieser Bewegung.

Eine große Anzahl Anträge wurden dem Vorstand überwiesen; solche, die eine bessere Durchbildung der Betriebsräte erstreben, solche, die sich auf eine bessere agitatorische Erfassung der in privaten und gemeinnützigen Kranken- und Badeanstalten Beschäftigten beziehen, solche, die sich auf weitere Vervollkommnung des Verbandsorgans, insbesondere auch auf Aufklärung unter den weiblichen Mitgliedern beziehen, und insbesondere solche, die auf die Lohn- und Tarifbewegungen und die Behandlung der verschiedensten Berufsfragen Bezug nehmen.

Mit übergroßer Mehrheit wurde eine Resolution gegen die Beurteilung der russischen Sowjetrevolutionäre beschlossen. Von Hinten unterstützte im Auftrage der ausländischen Kollegen diese Resolution. Die Gegenseite gab eine lange Erklärung ab, die die Stellungnahmen wie die vorhergegangene Resolution als „schlimmes Produkt der Parteiverblendung“, des Parteihasses usw. bezeichnet.

Einstimmig wurde gegen die Verbote von Arbeiterblättern protestiert und verlangt, daß der ADGB und die drei Arbeiterparteien sich für die Aufhebung erzwungener Verbote einsetzen und dafür Sorge tragen, daß das Gesetz zum Schutze der Republik gegen die Monarchisten und nicht gegen die Arbeiterchaft und ihre Organe angewendet wird. Desgleichen soll alles daran gesetzt werden, den aus den Märzämpfen noch verhafteten Arbeitern die Freiheit zu erwirken. — Als nächster Verbandstagsort wurde Frankfurt a. M. bestimmt.

Die Bezüge der Versicherungsangestellten

sind durch Schiedsspruch der tariflichen Schiedsstelle vom 28. August neu geregelt worden. Danach erhöhen sich die Zulagebezüge der Lehrlinge und Jugendlichen um 34,6, der Angestellten bis zum vollendeten 20. Lebensjahre um 46 %, der Angestellten vom vollendeten 20. Lebensjahre ab um 61,5 % für den Monat August. Die sozialen Zulagen als auch die Orts- und Besetzungszuschläge bleiben für den Monat August weiter bestehen. Die Spesenätze wurden dagegen ebenfalls um 60 % erhöht. — Diese Entscheidung der Schiedsstelle gilt zunächst für die Direktions-, Verwaltungs- und Provisions-Generalagenturenangestellten derjenigen Arbeitgeber, welche dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen bzw. dem Arbeitgeber-Reichsverband deutscher Versicherungsvertreter angeschlossen sind.

Ein neuer Raubzug auf die Mieter

Im letzten beim Reichsrat eingegangene Antrag jüdischer Hypothekendarlehen um Erlaubnis, die Zinssätze für Amortisationshypotheken um ein volles Prozent zu erhöhen. Bekanntlich hat die Reichsregierung erst am Anfang Juni ein Gesetz erlassen, das damals den Hypothekendarlehen das Recht gab, ihre Zinssätze um 1/2 % zu erhöhen und dem Reichsrat freistellte, noch weitere Erhöhungen des Zinssatzes zu genehmigen. Die bayrischen Hypothekendarlehen haben jetzt davon Gebrauch gemacht. Ihrer Forderung gegenüber muß betont werden, daß ein Anlaß zur erneuten Verteuerung der Hypothekendarlehen nicht vorliegt. Auch die anderen Hypothekendarlehen, die von der letzten Verordnung keinen Gebrauch machen konnten, weil sie nicht über einen Amortisationsfonds verfügen, haben von der Zinssatzerhöhung keinen Nutzen gehabt und trotzdem einer Hilfsaktion nicht bedürftig. Es wäre daher unverständlich,

wenn man schon jetzt nach zwei Monaten wiederum einem Teil der Hypothekendarlehen eine Erhöhung ihrer Zinssätze erlauben würde, die letzten Endes auf Kosten der Allgemeinheit, insbesondere aber auf Kosten der Mieter, geht.

Aus aller Welt.

Der Ernährungsstand der Schulkinder in Thüringischen Städten. In Thüringen hat eine amtärztliche Untersuchung der Schulkinder in einer großen Zahl von Ortschaften stattgefunden. „Ausgesprochen unterernährt“ waren u. a. in Jena 6 % der höheren und 9,9 % der Volksschule, in Gotha 22,8 bzw. 14,3 Prozent, in Altenburg 15,5 bzw. 17,1 und in Zeulenroda 39,0 bzw. 23,1. Darnach ist ein harter Prozentsatz der Kinder aller Schulen unterernährt, ja in einer Reihe von Städten stellt sich der Ernährungsstand der höheren Schüler noch ungünstiger als der der Volksschulkinder dar.

Lebendig verschüttet. Ein schwerer Unfall beim Spielen ereignete sich auf einem Berliner Spielplatz. Ein 13-jähriger Schüler hatte dort eine tiefe Erdhöhle ausgegraben. Als er in der Tiefe auf Grundwasser stieß, stürzte die Wände der Höhle ein und begrub den Knaben unter sich. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Riesenbrand in Offenbach. Ein Riesenbrand vernichtete die Rasterapparatefabrik Lorber, die Schuhwarenfabrik von Klein und die Metallfabrik von Matthes bis auf die Grundmauern. Der Schaden wird auf etwa 15 Millionen geschätzt.

Die Todesstrafe im Sankt Peter. Die in Moskau verurteilten Mitglieder der sozialrevolutionären Partei sind in den geheimen Einzelzellen des inneren Gefängnisses der „Tscheka“ interniert. Der Vorsitzende der politischen Staatsverwaltung, Unschlicht, hat alle Besuche der Angehörigen bei den Verurteilten verboten und alle Bemühungen, die Genehmigung für solche Besuche zu erlangen, sind erfolglos geblieben.

Schwere Kollision im Hafen von Buenos Aires. Der amerikanische Postdampfer Legion hat auf der Fahrt von Rio de Janeiro nach New York beim Verlassen des Hafens mehrere Kriegsschiffe gerammt, die im Hafen vor Anker lagen. Dabei brachte er zwei Transportdampfer zum Sinken und beschädigte vier Kreuzer. Ein Leutnant und mehrere Matrosen erlitten Verletzungen.

Mod im Parlament. Die Havas aus Mexiko meldet, wurde der Abgeordnete Torquato Lemus in den Wahlen der Kammer erschossen. Als Mörder wird der „unabhängige“ Abgeordnete Monti Barraza bezeichnet. Die Tat erfolgte im Laufe eines Wortwechsels über das Recht, den Staat Michoacan zu vertreten, die beide für sich in Anspruch nahmen.

Allerlei Wissenswertes.

Der elektrische Zugbetrieb der Reichsbahn.

Von der rund 53 500 km betragenden Streckenlänge der Reichsbahn sind 355 km in elektrischem Betrieb, weitere 756 km werden gegenwärtig für elektrische Zugförderung hergerichtet, so daß in absehbarer Zeit mehr als 1100 km elektrisch befahren werden können. Im Betrieb sind: die Wiesentalbahn in Baden, die Mittelmalsbahn in Bayern, einige Strecken um Weidenhall, im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk: Leipzig-Dessau und Wahren-Schönefeld, von den sächsischen Gebirgsbahnen: Königszell-Dirschberg mit zwei Seitenzweigen; ferner: die Stadt- und Vorortbahn Blankenese-Ohlstedt sowie einige Bahnen geringerer Bedeutung.

Am elektrischen Ausbau befinden sich nach amtlichen Angaben des Reichsverkehrsministeriums unter anderem: mehrere Strecken in Bayern südlich von München und die Strecke München-Regensburg, sowie weitere Strecken der sächsischen Gebirgsbahnen und der Bahnen im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk. Außerdem werden die Berliner Vorortstrecken vom Stettiner Bahnhof bis

Bernau und Gernsdorf zur Zeit elektrifiziert; sie werden voraussichtlich 1924 in elektrischen Betrieb genommen werden können. Innerhalb der nächsten 10 Jahre sollen die Berliner Stadt- und Ringbahn sowie die anschließenden Vorortstrecken und die Warsenerbahn für elektrischen Betrieb eingerichtet werden.

Es ist in Aussicht genommen, die bereits elektrifizierten und im Ausbau begriffenen Strecken durch die Einrichtung elektrischer Betriebes auf Nachbarkreisen zu betriebstechnisch in sich abgeschlossenen Netzen zusammenzufassen. Insbesondere wird die elektrische Zugförderung in solchen Bezirken eingerichtet werden, wo Wasserkräfte verfügbar sind, was namentlich für Süddeutschland zutrifft (Walchensee, mittlere Saar), oder wo geringwertige Brennstoffe, vor allem die umfangreichen, der Reichsbahn gehörenden Braunkohlenlager ausgenutzt werden können. Dadurch sollen die hochwertigen Steinkohlen, die jetzt höchst unwirtschaftlich in den Dampflokotiven verfeuert werden, aufgespart werden.

Das Wetter der Woche.

Von der Lauburgischen Wetterwarte in Wismar.

Unserer Voraussage entsprechend, hat sich das Wetter in der laufenden Woche bisher recht günstig gestaltet, es war überall sommerlich warm, teilweise heiter und durchweg trocken. Nach in der nächsten Woche (3.—6. September einschli.) sind die Witterungsaussichten im allgemeinen nicht ungünstig. Die Trockenheit ist vorherrschend, wenn auch im zweiten Wochenmittel (5.—6. September) mit dem Auftreten von zeitweisen Niedererschlägen und Gewittern gerechnet werden muß. Die Luftwärme ist besonders im ersten und letzten Drittel angenehm bzw. sommerlich. Dann treten auch heitere Tage mit stärkeren Temperaturgegensätzen auf. Nachts und morgens herrscht oft, besonders im Küstengebiet starker Nebel, im Binnenlande Tau. Wenn auch die Wetterlage noch die nötige Beständigkeit vermissen läßt, so ist doch die Neigung zur Trockenheit deutlich erkennbar und die nächste Woche als Überleitungszeit zu der von uns erwarteten längeren nachsommerlichen Wärme- und Trockenperiode anzusprechen. Zunächst steht die Witterung unseres Bezirks unter dem Einflusse höheren Druckes, der sich vom 2. September ab von SW. her in einem Ausläufer nach Neuport beim Verlassen des Hafens mehrere Kriegsschiffe gerammt, die im Hafen vor Anker lagen. Dabei brachte er zwei Transportdampfer zum Sinken und beschädigte vier Kreuzer. Ein Leutnant und mehrere Matrosen erlitten Verletzungen.

Deutsche Teigwaren

Makkaroni, Nudeln, Hörnchen schaffen körperliches u. geistiges Wohlbefinden, Vollgefühl der Kraft und Arbeitsfreudigkeit.

Persil bleibt Persil

In alter bewährter Güte! Geeignet für alle Arten von Wäsche. Niemals losal Nur in Originalpackung! Ohne Chlor. Wäscht bleich und desinfiziert. Alleinstellender Hersteller: HENKEL & CO., DÜSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO“ (Henkels Wasch- und Bleich-Soda).

Amthlicher Teil.

Arzneytare.

Gemäß § 80 der G. O. und § 2 der M. O. wird bekannt gemacht:

Die neuente amtliche abgeänderte Ausgabe der Deutschen Arzneitaxe 1922 tritt mit Wirkung vom 1. September 1922 ab in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkte tritt die achte abgeänderte Ausgabe außer Kraft.

Lübeck, den 1. September 1922. 6409
Der Gesundheitsrat.

Die dem länderlichen Ruhestandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen infolge der ab 1. Juli und 1. August 1922 eingetretenen Erhöhungen ihrer Bezüge zuzurechnenden Nachzahlungen können bei der Stadtkasse in Empfang genommen werden, sofern die Nachverträge nicht bereits auf Bankkonto überwiesen worden sind.

Lübeck, den 1. September 1922. 6410
Die Beamtenkommission des Senates.
R. R.: Dr. Geise.

Der Senat hat beschlossen, den Beamten Max Müller auf sein Ansuchen zum 30. September 1922 aus dem länderlichen Staatsdienst zu entlassen.

Handelsregister.

Am 31. August 1922 ist eingetragen: 1. bei Firma Carl Heese Nachf., Inh.: Alfons Milkowski, Lübeck. Inhaber: Alfons Milkowski, wohnhaft in Lübeck; 2. bei der Firma Carl Heese, Lübeck: Die Prokura des Alfons Milkowski ist erloschen. (6417)
Lübeck, den 1. September 1922. 6418
Das Amtsgericht, Abt. II.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 4. September 1922, ist der Schlachthof für Schlachtungen bis auf weiteres an jedem Dienstag und Sonnabend geschlossen.

Die Betriebsbehörde.
Abt. f. d. Schlachthof.
6436

Nichtamtlicher Teil.

ElseStrohkirch Gustav Hille

Verlobt.
Sübe d., 2. Sept. 1922.
Fähningstr. 43. (6437)

Danksagung.

Allen, die unserem lieben Gemahl Gustav Hille die letzte Ehre erwiesen, herzlichsten Dank.
6419

Frau Anna Hille geb. Meyer.

Am 1. August 1922 ist eingetragen: 1. bei Firma Carl Heese Nachf., Inh.: Alfons Milkowski, Lübeck. Inhaber: Alfons Milkowski, wohnhaft in Lübeck; 2. bei der Firma Carl Heese, Lübeck: Die Prokura des Alfons Milkowski ist erloschen. (6417)
Lübeck, den 1. September 1922. 6418
Das Amtsgericht, Abt. II.

Herr Weizlow.

Wir verlieren in dem in der Wüste seiner Jahre Dahingegangenen einen unserer treuesten und tüchtigsten Arbeiter, der sich allgemeyner Selbstopferung erfreute. Das Andenken an diesen treuherzigen Mann wird bei uns allen unzerstörlich bleiben.

Widwenverein.

Widwenverein.
Sübe d. Lübeck.

Schulgeldzahlung.

Das Schulgeld für das I. Quartal des laufenden Schuljahres ist für die Schüler u. Schülerinnen der sämtlichen städtischen Schulen bis zum 4. September d. J. bei der Stadtkasse, Frieschauerstraße 15 (Zimmer Nr. 1, links) an den Werktagen von 8—12 1/2 Uhr unter Vorlegung des Schulgeldzettels zu entrichten. **Barüberweisungen erfolgen an die Oberschulbehörde, Postüberweisungen an die Stadtkasse.**

Die in den festgesetzten Fristen nicht gezahlten Beträge sind mit einem Zuschlage von drei Pfennig für jede angefangene Woche der jedoch auf die nächste höhere durch fünf teilbare Zahl abzurunden ist, innerhalb zweier Wochen nach Ablauf der Frist bei der Stadtkasse zu bezahlen. Bei gemächlichen Beträgen wird dieser Zuschlag nicht erhoben.

Die dann noch rückständigen Beträge nach dem Zuschlage werden durch Zwangsverfügung im Verwaltungswege beigetrieben. (6414)
Lübeck, 31. August 1922.
Die Oberschulbehörde.

Berichtsbere Treppen

verkauft, Moll, Kommandit-Gesellschaft, 6435 Löpferweg 57/59.

Klavier.

gut erh., zu kauf. gel. (6397)
Ang. m. Pr. u. A371a.d.G.

Bandonium zu verk.

6400 Loignystr. 15, III.

1 Chaiselongue zu verk.

6418 Engelswisch 59, I.

Verz. Sonnenschein.

Dr. Pöngel, Marktstr. 13.
Dr. Eberhard, Hügelstr. 33.
Dr. Niemann, Schw. III. 75

Kammerjäger

beid. Sachverst. Kröger, Altptr. 3, F. 1794
Radikalmit. g. Kopfpläse

Die höchsten Preise für

Achtung! Den höchsten Tagespreis

erhält jeder, der seine Lumpen, Metalle, Papier, Flaschen sowie Geschäftsbücher (zum Einstampfen) gut und reell verkaufen will bei

H. Zöick, Eg. Lohberg 34. Tel. 8758.
Bei Metallen ist Ausweis mitzubringen. Von Personen unter 21 Jahr. werd. keine Metalle angen.

Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.

erhalten Sie bei (6381)
Selig L. Cohn,
Wahlstr. 62. Telefon 2153.

Brillanten, Perlen

ganze Lager sowie auch lose Ware
kauft zum Riesen-Auslandskurs. (6391)
Frick, Pfaffenstr. 2, 1. Etage

visitenkarten

fertigt an die
Buchdruckerei von
Friedr. Meyer & Co.

Fahnen und Banner

Vereinsbedarfsartikel
Kostenanschläge ohne Verpflichtung
A. Krawohl,
Stettin 18. (6390)

Haare

zahl (6433)
Damm u. Herren-Preis
E. Mittelstädt,
Allerst. Fernspr. 3416